

Schlag wacker d'rauf,
Es folgt „Glück auf!“

Schmelz auch mit Fleiß
Ausbeut' beschleiss.



Deutsche Bergarbeiter-Zeitung.

Wochenblatt zur Belehrung und Unterhaltung für Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter aller Branchen.

Abonnementspreis vierteljährlich 65 Pfg.,
mit der illustrierten Sonntags-Beilage „Nach der Schicht“
85 Pfg. frei ins Haus. — Einzelne Nummern 10 Pfg.
Bestellungen nehmen unsere Filialen,
sowie sämtliche Postanstalten und Landbriefträger entgegen.

Expedition
Friedrichstraße 25, I.
Bei Abdruck unserer Original-Artikel bitten wir um Quellenangabe.

Inserate werden von der Expedition,
sowie sämtlichen Filialen dieses Blattes entgegengenommen.
Insertionspreis die 4 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg.
Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen
entsprechenden Rabatt. — Beilagen nach Uebereinkunft

Die oberschlesische Montan-Industrie. VI.

Die, wie im vorigen Artikel erwähnt, an sich im Verhältnis zu Rheinland-Westfalen niedrigen Selbstkosten der Walzwerke sind äußerst verschieden; sie wechseln auch für genau dieselbe Sorte Fabrikat mit der Konjunktur, je nachdem die Rohmaterialien höher oder niedriger im Preise stehen. Um eine Tonne Fertigfabrikat herzustellen, braucht man rund 1 1/2 Tonne Roheisen. Es ist also einleuchtend, daß der Roheisenpreis auf die Selbstkosten der Walzwerke einen wesentlichen Einfluß üben muß. Andererseits kommt den Puddel- und Walzwerken der höhere Roheisenpreis auch wiederum darin zugute, daß dann die Preise von Puddel- und Schweißschlacken steigen; doch fällt dieser Vorteil nur in zweiter Linie ins Gewicht. Auch für die einzelnen Werke unter einander sind die Roheisenkosten verschieden, je nachdem die Walzwerke dicht an den Hochofen liegen oder ihr Eisen von weither mit der Bahn beziehen müssen, in welchem Falle dann die Frachtkosten zu den Roheisenpreisen hinzutreten. In gleicher Weise wirkt es auf den Selbstkostenpreis bestimmend ein, ob die Walzwerke ihren Kohlenbedarf ohne Bahnversandt von einer eigenen oder Nachbargrube decken können oder die kostspieligen Bahnfrachten den Brennmaterialbedarf verteuern.

Von wesentlichem Einfluß auf die Selbstkosten der Walzwerke sind selbstverständlich die Arbeitslöhne. Wie bereits mitgeteilt, sind dieselben in Oberschlesien niedriger, als in anderen Industrie-Gegebenen Deutschlands; sie lassen sich nicht ohne weiteres für jedes Fabrikat feststellen, da je nach der Fagon, welche das Eisen erhält, dasselbe verschieden viel Arbeit, also auch verschieden viel Arbeitslöhne erfordert. Namentlich bei Blechen sind die Arbeitslöhne pro Tonne Fertigfabrikat bedeutend höher, als bei Stabeisen. G. Gothein teilt hierüber folgendes mit:

Entfielen bei dem Stabeisenwalzwerk der Kedenhütte (im Jahre 1886) pro Tonne Fertigfabrikat 16,40 Mk. an Arbeitslöhnen, so bei dem Blechwalzwerk desselben Wertes 27,71 Mk. Je mehr Feineisen und Blech ein Werk produziert, um so größer wird der Anteil der Arbeitslöhne an den Selbstkosten sein. Aber auch auf den verschiedenen Werken stellt sich der Arbeitslohn sehr verschieden. So betrug derselbe beispielsweise pro Tonne Fertigfabrikat auf Königschütte 33,90 Mk., Laurahütte 29,40 Mk., (beide Werke produzieren auch viel Blech, Königschütte 1/2, Laurahütte 1/3 seiner Produktion), Bismarckhütte 30,90 Mk., (viel Feinblech und Feineisen), Baildonhütte 24,50 Mk., Sandowitz (nur Blech) 22,67 Mk., Warthahütte 21,00 Mk., (Herminenhütte Feinblech und viel Draht) 19,75 Mk., Hoffnungshütte 17,70 Mk., Kedenhütte Stabeisen (grobes) 16,40 Mk., Zawadzky (überwiegend grobes, nur 1/3 fein und fagon.) 15,15 Mk. Dabei ergibt sich aber, daß diejenigen Werke, welche wie Herminenhütte, Hoffnungshütte, Zawadzky und Sandowitz hinsichtlich ihres Materialbezuges ungünstiger daran sind, diesen Nachteil völlig durch

billigere Arbeitskräfte wieder ausgleichen. Durchschnittlich entfiel pro Tonne Eisen Fertigfabrikat 25,95 Mk. an Arbeitslöhnen.

Der Kohlenverbrauch zur Herstellung einer Tonne Fertigfabrikat betrug durchschnittlich 2,85 Tonnen, war aber auf einer Anzahl Werken erheblich geringer. Im Durchschnitt wird man annehmen können, daß bei den Kohlenpreisen im Jahre 1887 die Tonne Fertigfabrikat für 4—9 Mk. Kohlen erforderte je nach der Lage der Werke (Zawadzky und Sandowitz vielleicht 10—11 Mk.) Letztere Werke haben dafür den Vorteil, sehr viel näher am Absatzgebiet zu liegen, in Bezug auf die Verfrachtung ihrer Produkte demnach günstiger dazustehen. Die anderweitigen Kosten, Generalkosten, Beamtengehälter, Reparaturen, anderweitige Materialien (Steine, Ziegel, feuerfestes Material, Mörtel, Sand), Werkzeuge u. s. w., lassen sich schwer schätzen; sie dürften indessen — wenn auch bei den einzelnen Werken sehr verschieden — durchschnittlich in Oberschlesien eher niedriger als in anderen Gegenden sein.

G. Gothein geht nunmehr zu einer Besprechung der Flußeisenfabrikation über, hinsichtlich welcher er folgendes ausführt. Von Jahr zu Jahr gewinnt die Erzeugung von Walzeisen durch den Bessemer- und Thomasprozeß größere Bedeutung und mehr Terrain gegenüber dem Puddelprozeß. Im Jahre vor der Veröffentlichung der Gothein'schen Schrift (also 1886) schon wurde in Deutschland fast ebenso viel Flußeisen wie Puddelblech erzeugt. Daß der Puddelprozeß indessen ganz verdrängt werden sollte, ist nicht wahrscheinlich. Wenn es durch den Thomasprozeß auch gelungen ist, Eisen von einer gewissen Schweißbarkeit zu erzeugen, so ist die letztere doch für die Mehrzahl aller Schweiß- und Schmiedezwecke nicht entfernt zureichend. Wo billiges Brennmaterial und billige Löhne vorhanden sind, wird sich, wie Gothein meint, der Puddelprozeß noch recht lange erhalten. Gerade die beiden letzten Monate haben es auch bewirkt, daß in Oberschlesien die Flußeisenerzeugung noch nicht 19 Prozent der gesamten Walzwerksproduktion beträgt. Freilich, allmählich wird sich auch hier das Verhältnis zu Ungunsten des Puddelbetriebes ändern. Die Flußeisenerzeugung liefert bereits heute sämtliche Eisenbahnschienen und Schwellen, Bandagen u., neuerdings auch viel Blech, Drahtknüppel, Billets für Walzröhren u.

Als die großen Vorteile der Flußeisenerzeugung nennt Gothein 1) die Massenproduktion und damit Herabminderung der Generalkosten für die Tonne Fertigfabrikat; 2) höhere Arbeiterleistung und damit geringerer Lohnanteil an dem Produktwert. So betrug im Jahre 1886 auf dem Stahlwerk der Königschütte die Leistung des Arbeiters 30,7 Tonne, auf dem der Friedenshütte sogar 38,3 T., während nur ein Puddel- und Walzwerk eine Arbeiterleistung von 30 T. aufzuweisen hatte und dasselbe sehr viel einfachere Fabrikate anfertigt als Königschütte. Auf die Tonne Fertigfabrikat entfiel ein Lohnbetrag bei Königschütte von 23,87 Mk., während bei dem dortigen Puddel- und Walzwerk 33,90 Mk.

entfielen; bei Friedenshütte 16 Mk. Der Brennmaterialverbrauch pro Tonne Fertigfabrikat stellte sich bei Königschütte auf 1,42 Tonnen, bei Friedenshütte auf 1,87 T., oder dem Geldwert nach bei Königschütte ca. 5,10 Mk., bei Friedenshütte ca. 6,50 Mk. Derselbe stellt sich also in Oberschlesien wegen des teureren Koks nicht wesentlich billiger, als beim Puddelprozeß. Der Hauptvorteil bei der Flußeisenerzeugung ist die Güte des Fabrikats; dasselbe zeichnet sich durch erheblich größere Festigkeit, sowie durch größere Gleichmäßigkeit: vor dem Puddelblech aus, der Wert der Flußeisenfabrikate ist demnach auch ein höherer, als der der Schweißblechfabrikate.

Für die Darstellung von Flußeisen werden umfangreiche, kostspielige Apparate, außerordentlich kräftige Maschinen erfordert; es müssen große Windmengen für die umfangreichen Cupolöfen, in denen das Umschmelzen des Roheisens erfolgt, beschafft werden; der hochgepreßte Luftstrom, der durch das flüssige Eisen hindurchgepreßt wird, macht gewaltige Luftkompressionsmaschinen erforderlich. Die Bewegung solcher kolossalen Gewichte, wie des Convertors (welcher 10 Tonnen = 200 Zentner flüssiges Eisen enthält) der Gießpfanne u. dergleichen bedeutende hydraulische Maschinen notwendig; die Walzenzugmaschinen, sowie die Dampfhammer eines Stahlwerks müssen kräftiger konstruiert sein, als eines Puddel- und Walzwerks. Aus allen diesen Ursachen sind die Anlagekosten eines Stahlwerks auch relativ beträchtlich höher, als es bei letzterem der Fall ist.

Die Bergleute von *Rive-de-Gier.

Bei der Debatte über den großen Streik der Bergleute hat man oft auch diejenigen Gruben erwähnt, deren Bedienung sich so wenig lohnt, daß dort eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne zur Einschränkung der Werke und Entlassung der Leute führen müßte. Mancher wohlgemeinte Vorschlag zur Verbesserung der Arbeiter, dessen Verwirklichung auf einträglichen Gruben wohl denkbar gewesen wäre, erscheint wegen des Vorhandenseins solcher minderwertigen Bergwerke und besonders auch wegen der Möglichkeit daß die am besten rentierenden Werke von heute in kurzem vielleicht mit Verlust arbeiten müssen, unausführbar. Nun hat man darauf aufmerksam gemacht, daß die Gruben vielfach bessere Ertragnisse liefern würden, wenn die Bergleute den Arbeitgebern freundlicher gegenüberständen, wenn sie ihre Beobachtungen und Kenntnisse, ihre Erfindungsgabe und Anteilnahme zum Nutzen des Unternehmers verwenden könnten, wozu sie jetzt keine Veranlassung zu haben glauben. Es entzieht sich unserer Beurteilung, wie weit der Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit, den die Bergleute einzelnen Unternehmungen machten, berechtigt ist; wir zweifeln jedoch nicht daran, daß es um viele Werke besser stünde, wenn die Arbeiter mit Lust und Liebe arbeiteten und ihr Rat in technischen und anderen Dingen freundlichst aufgenommen und sorgfältigst erwogen würde.

Das solche bescheidene Bergleute vermögen, hat sich kürzlich im Kohlenbeken der Loire gezeigt. Dort waren die Erträge so gering, daß der Kohlenverein von Rivet-Stein am 2. September 1886 unter gewissen Bedingungen 12 Gruben, in denen die Arbeit zeitweilig oder endgültig aufgegeben war, einem Syndikat von Bergleuten überließ und die Aktionäre am 12. Oktober sich damit einverstanden erklärten. Die Bergleute gingen mit wahrer Tollkühnheit an die Arbeit; nachdem sie das nötige Kapital von mehr wohlthätigen als berechnenden Leuten erhalten und einen tüchtigen Ingenieur angenommen hatten. Lange Monate standen sie bis zum Gürtel im Wasser, und die Kohle blieb aus. Die Kasse war leer, und wenn Zahltag hätte sein sollen, mußten sie zu den Geldleihern gehen. Aber sie hielten tapfer aus, hatten sie doch auf schwere Arbeit gerechnet, ehe das Werk geheißen könne. Im Frühjahr 1887 entdeckten sie ein mächtiges Lager vorzüglicher Kohle, das auf 30 Jahre täglich 100 Tonnen zu ergeben verspricht, und seitdem sind ihre finanziellen Sorgen vorüber. Nun kam allerdings die alte Aktiengesellschaft und verlangte die Wiedererstattung der Gruben, weil die Bergleute nicht alle Bedingungen erfüllt hätten, aber am 20. Mai 1889 entschied das Gericht von St. Etienne zu gunsten der Bergleute. Wie es in Zukunft diesen wackeren Arbeitern ergehen wird, wer will es sagen? Fraglich erscheint, ob sie gute Tage eben so weise ertragen wie schlechte, ob sie die Charaktertüchtigkeit, die politische Erziehung besitzen, welche zu genossenschaftlichen Unternehmungen unentbehrlich ist. Aber wie sie ihre zukünftige Aufgabe auch erfüllen, jedenfalls haben sie bewiesen, daß schlichte Arbeiter zuweilen da noch etwas anzufangen wissen, wo der Witz der Unternehmer, Ingenieure und Beamten aufhört. Und das sollten sich unsere Bergwerksbesitzer merken; vielleicht würden die jetzt schlecht rentierenden Werke durch Heranziehung der Arbeiter erträglicher und dadurch die Gesamtlage aller Bergleute besser. (Volkswohl).

*Stadt im franz. Depart. Loire, Arrondissement, St. Etienne am Elter, Station der Linie-St. Etienne-Lyon der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn und hat gegen 20 000 Einwohner.

Zur Bergarbeiter-Bewegung

veröffentlicht der bekannte Reichstagsabgeordnete Baumbach einen Artikel in der „Nation“, in welchem es heißt:

„Ich hatte am Schlusse der Vergleichspunkte auch die Zusicherung in das Protokoll mit aufgenommen: „Den Bergleuten soll wegen der gegenwärtigen Arbeitseinstellung nach Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Nachteil seitens der Grubenverwaltungen zugesügt werden“; eine Zusicherung, welche dann wörtlich in die öffentliche Erklärung des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund vom 18. Mai 1889 überging. Als nun dieser von mir vorgeschlagene Satz bei der Vergleichungsverhandlung in Berlin besprochen wurde, sagte Ludwig Schröder in seiner ruhigen Weise: „Nun ja, das mag ja immerhin niedergeschrieben werden! Daß ich aber doch über kurz oder lang die Abkehr bekommen werde, weiß ich sicher!“ Wenn ich damals in Berlin Herrn Schröder und seinen Genossen gegenüber diese Befürchtung und Auffassung als eine allzu pessimistische bezeichnet und ihr in lebhafter Weise widersprochen habe, so muß ich heute lieber meinen damaligen Irrtum zugestehen, und ebenso lebhaft bedauern, daß die Deputierten in diesem Falle Recht behalten haben.

An die Spitze ihrer damals formulierten Forderungen aber hatten die Bergleute die strenge Einhaltung der achtstündigen Normalarbeit gestellt. Diese Forderung ist in jenen Tagen kaum von irgend einer Seite als eine unbillige bezeichnet worden. Hätte man wirklich einmal die Absicht, eine gesetzliche oder amtliche Festsetzung der Maximalarbeitszeit einzuführen, dann muß man auch notgedrungen spezialisieren. Es würde geradezu ein lächerliches Ungeheuer sein, wenn man die ungleiche Verschiedenartigkeit der gewerblichen Tätigkeit in eine einzige Schablone hineinzwingen wollte.
Nun, die Arbeiterbewegung, mit welcher wir das Berliner Protokoll vereinbarten, verlangte anfangs mit großer Entschiedenheit eine reichsgesetzliche achtstündige Normalarbeit und ein gesetzliches Verbot der Ueberschichten. Erst nach langen Verhandlungen und Erörterungen erklärten sich die Bergleute bereit, sich auf eine vertragsmäßige Anerkennung der achtstündigen Normalarbeit seitens der Grubenverwaltungen einzulassen. Sie gaben auch bereitwillig die Zulässigkeit von Ueberschichten in dem Ausnahmefall zu, wenn zur Sicherheit des Bergwerks oder zur Sicherung von Bergleuten dringliche und unaufschiebbare Arbeit geboten ist. Ja, sie waren auch bereit, in Fällen außerordentlicher Geschäftshäufung Ueberschichten zu konzessieren. Doch wurde für eben diesen Fall eine vorgängige Verständigung zwischen der Grubenverwaltung und einem Ausschuss von Vertrauensmännern der Belegschaft gefordert.

Dies war aber gerade derjenige Punkt, welchen die Arbeitgeber in der Essener Versammlung vom 18. Mai d. J. für unannehmbar erklärten. Sie fürchteten, daß durch den Arbeiterausschuß neben dem Direktor „eine Direktorialinstanz“ geschaffen werde, welche die nötige

Disziplin in der Belegschaft lockern könne. Sie waren zwar mit der Nothwendigkeit einer vorgängigen Verständigung zwischen Grubenverwaltung und Belegschaft im Falle solcher Ueberschichten einverstanden, aber sie lehnten das Medium eines Arbeiterausschusses mit Entschiedenheit ab. Und doch würde ein solcher Arbeiterausschuß auch im Interesse der Arbeitgeber vermittelnd wirken und zur Herstellung guter Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine erfolgreiche Thätigkeit entwickeln können. Durch den Arbeiterausschuß würden die Arbeitgeber in steter Fühlung mit den Arbeitnehmern bleiben, und wie wichtig ein solches Verhältnis und wie nachtheilig der Mangel solcher Fühlung für die Arbeitgeber selbst ist, das hat ja gerade der große westfälische Kohlenstreik recht deutlich erkennen lassen. Ob aber jetzt die 8-stündige Normalarbeit auf den westfälischen Kohlenbergwerken zur That werden wird, ist bei der mangelhaften Organisation der Belegschaften mindestens fraglich.

Wird der westfälische Kohlenstreik, was in der That nicht unwahrscheinlich ist, wirklich zum Ausgangspunkt für einen ernsthaften Angriff auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gemacht, so liegt um so mehr Veranlassung vor, die Konsequenz nach der entgegengesetzten Seite zu ziehen und für die Vereinsfreiheit und für die gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeitervereine — hoffentlich mit Erfolg — einzutreten. Dann wird auch die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation seitens der Arbeitgeber nicht ausbleiben, die westfälischen Grubenverwaltungen werden die Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen ihrer Belegschaften nicht zurückweisen können, und von einem Massenstreik, wie den diesjährigen, wird in alseitigem Interesse künftighin kaum wiederum die Rede sein.“

Ein Wort für die Bergarbeiter in Sachsen.

Die Verhältnisse im Delitzsch-Lugauer Revier sind seit der letzten Arbeitseinstellung im Mai d. J. keine erquicklichen. Die Arbeitgeber klagen darüber, daß insbesondere im Monat Juni die Arbeitsleistung eine auffällig niedrige gewesen sei, so daß die Lohnsteigerung thatsächlich 20—30 Proz. statt der seitens der Grubenverwaltungen zugesicherten 10 Proz. betragen habe, und daß hiernach einzelne Werke der baldigen Herstellung des Friedens halber mit den Ingegnieuren an die Belegschaften weiter gegangen seien, als ihre geübliche Weiterentwicklung zugelassen habe, daß ferner aber auch bei den Arbeitern ein Geist des Widerspruchs und des passiven Widerstandes sich bemerkbar mache, der in diesem Grade früher nicht hervorgetreten sei. Die Arbeiter wiederum beschwerten sich darüber, daß seitens der Arbeitgeber die früher erteilten Zusagen nicht allenthalben gehalten, insbesondere doch Maßregelungen der bei der letzten Arbeitseinstellung beteiligten Arbeiter in das Werk gesetzt worden seien, und begegnen jeder Verschärfung und Maßregel der Werksverwaltungen mit unverhülltem Mißtrauen. Kurz, die bösen Folgen, die fast jede Arbeitseinstellung im Gefolge zu haben pflegt, sind auch diesmal nicht ausgeblieben. Es ist aber jedenfalls ungerecht, dieselben — wie dies in Berichten auswärtiger, sich arbeiterfreundlich nennender Zeitungen geschieht — lediglich dem Verhalten der Arbeitgeber zur Last zu legen; vielleicht mit insolge der bekannten Einflüsse ist zweifellos auch seitens der Arbeiter vieles gethan worden, was geeignet ist, den durch die Lohnerhöhungsbewegung eingetretenen Zwiespalt zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu erweitern statt zu beseitigen, und wenn seitens der königl. Amtshauptmannschaft, wie aus den Verhandlungen der letzten Arbeiterversammlung hervorging, die Arbeiter kürzlich auf wiederholte Beschwerden gegen die Werksverwaltungen darauf hingewiesen worden sind, daß den durch die Lohnerhöhungsbewegung im Delitzsch-Lugauer Reviere herbeigeführten Velleitungen, weder den Werksverwaltungen noch den Arbeitern zum Segen dienenden Zuständen durch das fortwährende Beschwerdeführen bei zuständigen und nichtzuständigen Behörden allein nicht abgeholfen werden könne, daß vielmehr auch von den Arbeitern zu erwarten sei, daß sie durch fleißige Arbeit und bescheidenes Betragen sich das verloren gegangene Vertrauen bez. die Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber wieder zu gewinnen suchen, so wird man einer solchen Verständigung nur beipflichten können. Die sächs. Verwaltungsbehörden haben, und zwar im Interesse beider Parteien, ihre Hand gern geboten, um die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern ihre Bezirke entstandenen Differenzen heizulegen oder im Keime zu ersticken. Es ist dies insbesondere auch von den Arbeitern dankbar anerkannt worden; an den Letzteren liegt es aber nun auch, ihres Theiles dazu beizutragen, daß den Behörden nicht in Zukunft die Lust verleitet werde bei Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern die Rolle „eines ehrlichen Maklers“ zu übernehmen. (L. J.)

Seriöse Entscheidungen, Verordnungen etc.

Die Bezeichnung „Käseblatt“ für eine periodisch erscheinende Druckchrift wurde v. d. Straßammer Via

des Berliner Landgerichts I als eine Beleidigung für den Eigentümer der so titulierten Zeitschrift erachtet. Der Maschinenfabrikant Lindner ist mit dem Inhaber dieser „Zeitschrift für Maschinenbau und Schlosserei“ Gustav Lindner bezüglich einer in derselben abgedruckten Annonce in Konflikt geraten und hatte in einem Briefe von demselben „Käseblättern“ gesprochen. Dafür wurde er vom Schöffengericht mit 30 Mark Strafe belegt; die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Eine interessante in der gegenwärtigen Zeit der Streiks besonders wichtige Entscheidung ist kürzlich in erster Instanz zu Lübeck gefällt worden. Vor dem Schöffengericht standen vier Arbeiter, die den Streik der Holzarbeiter geleitet hatten, angeklagt, sich durch zwei Briefe der Drohung schuldig gemacht zu haben. In einem Briefe an die Firma Boldt war gesagt worden, daß bei ihr sämtliche Arbeiter die Arbeit einstellen würden, wenn noch irgend welche Arbeiten für die Firma Grube angefertigt würden. Mit letzterer Firma lag die Lohnkommission, die die vier Angeklagten bildeten, in Streit, weil sie sich geweigert hatte, mit ihr zu verhandeln. Der Firma J. Reiber u. Co. wurde in einem Schreiben zu verstehen gegeben, daß, wenn sie Arbeiten an die Firma Sager u. Klüßmann, deren Leute ausstanden, abgebe, auch sofort die Sperre verhängt werden würde. Die Verhandlung endete mit einem freisprechenden Erkenntnis. In demselben wird ausgeführt, daß in beiden Briefen allerdings eine Drohung liege, doch verstoße dieselbe nicht gegen § 153 der Gewerbeordnung. Es sei in beiden Fällen nur mit der Geltendmachung eines Rechts gedroht, und eine solche Drohung sei nicht strafbar.

Eine bemerkenswerte reichsgerichtliche Bestimmung des Begriffs „Politik“ im Sinne des preussischen Vereinsgesetzes, wie des § 152 der Reichsgewerbeordnung bringt ein Fachblatt zur Kenntnis. Das Reichsgerichts-Erkenntnis stellt zunächst fest: „Koalitionsfreiheit gemäß § 152 der Reichsgewerbeordnung besteht nur auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens, schließt aber die Anwendung der Vereinsgesetzgebung nicht aus, wenn gewerbliche Vereine durch Beschäftigung mit Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung, staatsbürgerlichen Rechten oder internationalen Verhältnissen den Charakter politischer Vereine annehmen“. Der in diesem Satze schon seinen Hauptmerkmalen nach „Politik“ Begriff der Politik wird dann später ausführlicher definiert:

„Sobald irgend welche gewerbliche Koalitionen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen das Gebiet des gewerblichen Lebens mit seinen konkreten Interessen verlassen, sobald sie hinübergreifen in das staatliche Gebiet, sobald sie die Organe und die Thätigkeit des Staates für sich in Anspruch nehmen, hören sie auf, gewerbliche Koalitionen zu sein, und wandeln sich in politische Vereine um, die als solche den Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes unterliegen. Nicht lediglich die allgemeine Tendenz und das letzte Ziel, sondern zugleich Form und Mittel der Vereinsbestrebungen entscheiden darüber, ob sie politischen Charakter an sich tragen“.

Diese Definition ist viel weiter als z. B. die seit her vom Berliner Landgericht abgewandte, nach welcher als politische Bestrebungen solche anzusehen sind, bei denen eine Einflußnahme auf die staatliche Gesetzgebung versucht wird, oder zu deren Durchführung eine Umänderung der Gesetzgebung erforderlich sein würde. Die reichsgerichtliche Definition ist aber nicht nur weiter, sondern auch allgemeiner und läßt dem Urteile im einzelnen Falle größeren Spielraum als die des Berliner Landgerichts; namentlich dürfte der Schlusssatz, welcher von Mitteln und Formen der Vereinsbestrebungen spricht, eine weite und recht verschiedene Auslegung zulassen. Doch stellt die Definition andererseits das Koalitionsrecht dahin sicher fest, daß eine Verbindung zu „konkreten wirtschaftlichen Zwecken“ statthaft ist; dahin gehören z. B. Streiks und die Unterstützungen von Streiks. Seit her war die Praxis der Behörden in dieser Hinsicht verschieden. Insofern also giebt die Entscheidung sowohl den genossenschaftlichen Organisationen als den Behörden eine sichere Norm.

Zwickau. (Gegen die Maßregelungen der Bergarbeiter) wendet sich selbst die hochkonservative „Kreuzzeitung“, indem sie darauf hinweist, „wie thöricht es sein würde, wenn man nach dem Wunsche der „Mh.-Westf. Ztg.“ die Arbeiterbewegung als staatsgefährlich mit allen Mitteln unterdrücken wollte. Das Zechenorgan, meint die „Kreuzztg.“, bedenke nicht, daß der Bogen zerbricht, wenn er überspannt wird. Die westfälischen Bergleute hatten ihre Versammlungen bis jetzt noch immer damit geschlossen, daß sie den Kaiser hochleben ließen. Man sollte ihnen dieses Vertrauen erhalten. Würden dagegen die Wünsche der „Mh.-Westf. Ztg.“ erfüllt, so werde in den Kreisen der Bergleute eine große Enttäuschung Platz greifen, und die Wirkung ließe sich unschwer erkennen: die Leute würden auf Grund nicht erfüllter Hoffnungen massenhaft abschweifen zur Sozialdemokratie“. — Wir haben demselben Gedanken schon wiederholt Ausdruck gegeben und freuen

uns, daß in dieser Frage auch gegnerische Blätter mit uns übereinstimmen.

Die „Rh.-Westf. Ztg.“, welche sich in ihrem Eifer, die Interessen der Grubenbesitzer zu vertreten, nicht scheut, tendenziöse Unwahrheiten zu verbreiten, wird von einem Berliner Blatte wie folgt abgeführt:

„Man erinnere sich nur an jenes sensationelle Telegramm aus Dortmund während des Streikes, das damals die sich ruhig verhaltenden Bergleute der ausschweifendsten Gewaltthaten beschuldigte. Wir haben zu unserem lebhaften Bedauern einen neuen Fall konstatieren müssen, in dem eine derartige überaus lächerliche Aufregung der öffentlichen Meinung gegen die Sache der Arbeiter von Seiten der „Rheinisch-Westf. Ztg.“, des Organ der Grubenbesitzer, versucht worden ist. Dieses hatte bekanntlich ein sonderbarer Weise abermals von dem offiziellen Telegraphenbureau kritiklos weiterverbreitetes Telegramm gebracht, wonach auf dem Stahlwerk „Hösch“ Gewaltthatigkeiten von streikenden Arbeitern unternommen worden sein sollten. Eine von der Polizeiverwaltung den dortigen Blättern übermittelte Notiz besagt jetzt, unsere schon gegebene Berichtigung bestätigend, folgendes: „Gestern weigeren sich auf dem Hösch'schen Stahlwerke zwölf Plagarbeiter der Bessmer-Abteilung die Arbeit aufzunehmen, weil ihnen der Lohn nicht hoch genug war. Da sie trotz Aufforderung nicht arbeiten wollten, wurde ihnen ihrem Wunsche gemäß die Abkehr erteilt. Die Leute begaben sich dann in mehrere in der Nähe belegene Wirtschaften, betraukten sich und verübten später auf der Straße durch Singen und Schreien großen Unfug, so daß zwei der Hauptstreiter festgenommen werden mußten.“ In wesentlicher Uebereinstimmung erklärt das Stahlwerk Hösch, daß 11 Plagarbeiter, welche mit ihrem Lohne von M. 3.20 für die Schicht nicht zufrieden gewesen, wegen Arbeitsverweigerung sofort entlassen worden seien. Zu Weibereien mit der Polizei sei es auf dem Werke nicht gekommen, viel weniger zu einem Eingreifen mit blanker Waffe. Es ist also eine einfache Ausschreitung von Betrunknen, die nicht das mindeste allgemeine Interesse hat, sofort zu einem tendenziösen sozialen Vorstoß aufgebaut worden. Diese Kampweise ist unedel, unchristlich und muß in hohem Grade auf die betroffenen Volksmassen verbittern wirken. Sie wirft auch ein trübes Licht auf den Geist der in den Kreisen herrscht, wo man so selbst in der Dessenlichkeit zu arbeiten magt. Wir fragen aber insbesondere: hat man in unserem offiziellen Telegraphenbureau über diese Dinge keine besseren Quellen, wie die „Rh.-W. Ztg.“?

Das Blatt, welches so scharf ins Gesicht geht mit der „Rh.-W. Ztg.“ ist aber kein ultramontanes, freisinniges oder gar sozialdemokratisches, sondern es ist der hochkonservative „Reichsbote“.

Galizische Arbeiter

für das ober-schlesische Bergwerksgewerbe.

In einer der letzten Ausschuss-Sitzungen des Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereines wurde laut Bericht der „Schlesischen Zeitung“ unter Anderem auch über die Beschäftigung galizischer Arbeiter im ober-schlesischen Bergwerksbezirke verhandelt. Der Gegenstand war auf die Tagesordnung gesetzt auf den Wunsch einiger Grubenvorstände, welche für den kommenden Herbst einen empfindlichen Schleppermangel befürchten, wenn nicht „unter Beobachtung der vorgeschriebenen Kautelen“ die zeitweise Heranziehung galizischer Arbeiter ermöglicht werde. In der kurzen Besprechung des Gegenstandes wurde, außer auf den Schaden, welcher für das Gewerbe aus einem etwaigen Schleppermangel erwachsen würde, namentlich auch auf den günstigen Einfluß hingewiesen, welchen schon die bloße Möglichkeit, von anderweit her Schlepper bekommen zu können, auf die andernfalls wieder übermütig und strikelustig werden den ober-schlesischen Schlepper ausüben werde. Im Uebrigen werde den ja auch von den Industriellen warm befürworteten Antipolniserungsmaßregeln der Regierung durch eine derartige vorübergehende Arbeiterzulassung in keiner Weise Abbruch gethan und ebenso wenig erwache der heimischen Arbeiterbevölkerung irgend welcher Schaden daraus, da einfach nur dort ausländische Arbeiter zugelassen werden sollten, wo einheimische in genügender Zahl nicht vorhanden seien. Zum Schluß wurde der Vorstand des Vereines beauftragt in ihm geeignet erscheinender Weise bei dem Regierungspräsidenten zu Dppeln vorstellig zu werden.

Kohlenbergbau in Holland. In der Provinz Limburg, wo bekanntlich schon Kohlenbergbau (bei Kertrade) betrieben wird, befinden sich unter der Erde noch ziemlich mächtig Kohlenlager, an deren Ausbeutung nach einem früheren finanziellen Mißerfolg bis jetzt sich noch niemand gewagt hat. In Folge des großen Kohlenstreikes und seiner so empfindlichen Wirkungen im Kohlenverkehre richtet sich jedoch die Aufmerksamkeit auch wieder mehr auf die dortigen Verhältnisse. Der beste Teil der noch unbenützten Grubenselder Limburgs (drei Mutungen) ist in nieder-rheinischem Besitze. Bei einer früheren Bohrung soll man bei 120 m auf ein sechs Fuß dickes Flöz gekommen sein. Es soll nun der Versuch zur Bildung eines Konsortiums gemacht werden, welches die betreffenden Mutungen käuflich übernimmt und in Abbau bringt.

Kohlengeschäft in Bayern im Jahre 1888. Einem Berichte der Firma Wihl. Eobler in München ist zu entnehmen, daß der Gang des Kohlengeschäftes im Berichtsjahre ein über Erwarten flotter und guter gewesen. Die Hauptursachen dieser Besserung liegen in der günstigeren Lage des Eisenmarktes und dem damit verbundenen anhaltend regen Verkehre der Hochofen-Industrie, ferner in der sorgfältig trockenen Witterung dieses Winters, wodurch die ungemein niedrigen Wasserstandsverhältnisse in den meisten Fällen durch die Dampfmaschine kompensiert werden mußten. Der lebhafteste Gang des Kohlengeschäftes wird auch von der oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau in Miesbach bestätigt, welche im Jahre 1888 einen Absatz von 8,500,000 Zentnern aufweist, um 200,000 Zentner mehr als im Vorjahre.

Neues Braunkohlenlager. Ein Braunkohlenlager in Nieder-Giechmannsdorf bei Sprottau von 2 m Mächtigkeit ist nach dem „Oberchl. Anz.“ bei Bohrversuchen zur Anlegung eines arbeitsfähigen Brunnens gefunden worden.

Poffensdorf, 7. August. In Rippien hat man nach fast einjähriger Arbeit abbaufähige Kohle gefunden. Man will nun einen neuen Schacht zwischen Rippien und Dresden teufen, da nach Aussage von Geologen sich starke Kohlenadern bis zur Residenz hinziehen.

Lohnaufbesserung. Wie das hiesige Amtsblatt erfahren haben will, ist mit Genehmigung des kgl. Finanzministeriums seit vorigem Monat für die Doppelhauer des fiskalischen Freiburger Bergbaues der Schichtlohn von 1 Mark 50 Pf. auf 1 Mark 80 Pf. erhöht worden.

Die Wahlen von nichtständigen Mitgliedern zum Reichsversicherungsamt, welche Anfang Septbr. stattfinden sollen, haben den Vorstand der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft zu folgenden Rundschreiben veranlaßt.

In der Anlage übersenden wir Ihnen ergebenst, die nach mehrfachen Vereinbarungen aufgestellte Kandidatenliste der durch die Arbeitervertreter zu wählenden nichtständigen Mitglieder des Reichs-Vericherungsamts mit der Bitte, für eine möglichst einheitliche Wahl bemüht sein zu wollen, damit die Wahl durch die Arbeitervertreter sich nicht wieder wie im Jahre 1886 (vergleiche Artikel in unserm Genossenschaftsorgan „Der Kompaß“ für 1886 Seite 78) vollständig zersplittert.

Der Vorstand
der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft.
gez. E. Krabler, Vorsitzender.

Simons, Verwaltungsdirektor.

Vorschlag

für die durch die Arbeitervertreter zu wählenden nichtständigen Mitglieder des Reichs-Vericherungsamts für die Periode 1889—93.

Als Mitglied:

I. Gutmacher Karl Raempfe zu Bamberg, Arbeitervertreter der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft.

Als Stellvertreter:

1. Wilhelm Buchholz zu Berlin, Adersstraße 57, Hof II, Arbeitervertreter der Nordböllischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft.
2. Johann Josef Schaffrath in Grevenberg bei Aachen, Arbeitervertreter der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft.

Als Mitglied:

II. Wilhelm Frede zu Dortmund, Arbeitervertreter der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft.

Als Stellvertreter:

1. Knappschäfts-Vertreter Zahnert in Eisleben, Arbeitervertreter der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft.
2. Franz Hartwig zu Ober-Waldenburg i. Schl., Arbeitervertreter der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft.

Die süddeutschen Arbeitervertreter (35 an Zahl) brachten Ende Juli folgende Kandidatenliste in Vorschlag: Karl Raempfe, Bamberg; Anton Zeus, Augsburg, 1. Stellvertreter; Jakob Sena, Fachheim, 2. Stellvertreter.

In Chemnitz hat man für Sachsen inkl. der thüringischen Staaten, eine Einigung zu einer einheitlichen Wahl angestrebt, die hauptsächlich Vertreter aus der Metallindustrie aufstellt.

In Berlin und anderen Orten bez. Bezirken wird man sich ebenfalls rüsten.

Wie die Verhältnisse bei den Bergarbeitern liegen, ist der Vorschlag von der Knappsch.-Berufsgen. nur zu empfehlen.

Ein Drittel von den Unfällen kommen auf die Knappschäfts-Berufsgenossenschaft.

Aus dem Saarrevier.

Zwickau, den 18. Aug. Ein uns übersandtes Statut des „Rechtsschutzvereins“ für die bergmännische Bevölkerung des Oberbezirksamts Bonn beschränkt uns, daß der Verein seine Thätigkeit begonnen hat und wie aus einem Begleitschreiben hervorgeht, schon Prozesse durch einen Rechtsanwalt eingeleitet worden sind.

Der Zweck des Vereins ist: Die Rechte zu schützen, welche seinen Mitgliedern, sowie deren Hinterbliebenen

a, gegenüber der Knappschäfts-Klasse
b, gegenüber den Inspektionen,
c, gegenüber der Knappschäftsberufsgenossenschaft zu stehen.

Das Statut ist von dem des „Rechtsschutzvereins in Bochum“ wenig abweichend.

Bewegung in den Kohlenpreisen.

Die fast ununterbrochene, bedeutende Steigerung, welche in Deutschland die Preise der Kohlen seit Ende vorigen Jahres erfahren, erhellt aus nachstehendem Verzeichnisse. Es kosteten ab Zeche 100 Zentner

	am 3. Dez. 1888	am 12. März 1889	am 16. Juli 1889
Großkohle	36—45	38—45	44—49
Flamm-Förderkohle	32—36	32—37	38—42
Fett-Förderkohle	28—32	31—37	37—42
Flamm-Stückkohle	40—50	40—45	47—52
Fett-Stückkohle	38—42	38—43	43—48
Magere Stückkohle	52—60	52—60	55—65
Flamm-Rußkohle	36—38	38—43	43—48
Gewaschene Fett-Rußkohle	41—50	41—48	48—51
Magere Rußkohle	80—100	70—85	70—80
Gewaschene Kokeskohle	27—30	28—31	33—38
Flamm-Rußgrußkohle	24—28	27—31	32—36
Magere Grußkohle	10—18	12—23	17—28
Gieherei-Kokes	50—60	55—65	65—72
Hochofen-Kokes	45—50	52—57	60—65
Rußkokes (zerbrochen)	50—70	55—75	65—80

Kohlenpreise. Die vereinigten Steinkohlengroßhändler von Ruhrort, Duisburg und Mülheim haben einstimmig die vorgeschlagenen Preiserhöhungen angenommen, und zwar: 10 Mark per Doppelwaggon gemischte Stückkohlen, gewaschene Rußkohlen von Fettkohlen, Flammkohlen und Gasflammkohlen, ferner M. 5 per Doppelwaggon erste gemischte Salon- und Stückkohlen. — Am 24. August findet eine Versammlung statt, wozu 85 Kohlengroßhändler und sonstige Vereinigungen Rheinlands und Westfalens zur eingehenden Beratung wegen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen eingeladen wurden.

Aus Niederschlesien.

Mit des Geschickes Mächten, ist kein ew'ger Bund zu flechten, das mußten die Festteilnehmer zu Altwasser erleben, als sie am 11. August in dem festlich geschmückten Ort waren, um dem Weibeakt zur Uebergabe einer neuen Fahne für den Knappenverein „Glückauf“ beizuwohnen.

Um 11 Uhr vormittag waren die Brudervereine einmarschirt, selbstverständlich unter klingendem Spiel durch Deputationen empfangen, und um 2 Uhr mittag halten etliche 20 weißgekleidete Jungfrauen die neue Fahne, welche im Kaiser-Saal entfaltet und übergeben wurde.

Bergbauer Gläser hielt die Weibrede, die darinnen gipfelte, daß die Fahne für den Bergmannsverein das sein soll, was die Fahne dem Soldaten ist. Dort zu kriegerischem Thun, hier zu kameradschaftlicher Vereini-gung.

Bergbauer Hermann hielt ebenfalls eine Ansprache, in der er betonte, Alle für Einen — Einer für Alle, solle diese Fahne als Banner gelten. Daß dem deutschen Kaiser und seinem Herrscherhause gedacht wurde, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Gegen 1800 Teilnehmer hatten sich eingefunden, so auch Kriegervereine, Feuerwehr u. und alle verwandten Vereine.

Der Delegiertentag zu Dorsfeld

ist gut verlaufen. An 200 Delegierte aus 44 Vereinen und 66 Zechen haben teil genommen.

Die Versammlung nahm einstimmig das Bochumer Verbandsstatut an und beschloß, im Jahre 1890 einen allgemeinen Bergarbeitertag in Eisleben abzuhalten.

Die gestellten Anträge sind sämtlich angenommen worden. Die „Polizei“, so heißt es, hatte Stenographen zur Seite, um alle Neben-Genau in Händen zu haben.

(Der aus Sachsen — Zimmermann in Planitz — anwesende Delegierte ist, weil er glaubte den Beschlüssen der Bergarbeiterversammlungen nachkommen und nach Dorsfeld gehen zu müssen, am 14. August aus der Arbeit entlassen worden. Er arbeitete auf Zwickauer Steinkohlenbau-Verein. Sein Direktor — Herr Berg, Vorstand der Knappsch.-Berufsgen. Sektion VII — gab an, vom Ausschichtsrat dazu gedrängt zu werden). In nächster Nummer erfolgt ausführlicher Bericht.

Volks-Auskunfts-Bureau.

Herr Stinnesbeck hielt am 11. August im Christl. Arbeiter-Verein zu Essen einen Vortrag über die Errichtung eines Volksbureaus, in welchem jeder Arbeiter und jeder kleine Geschäftsmann sich unentgeltlich Rat und Beistand holen kann. Die Errichtung eines solchen Bureaus hält Vortragender für sehr notwendig und habe er dieserhalb schon mit mehreren angesehenen Männern Rücksprache genommen, die sich denn auch voll und ganz für dieses Projekt ausgesprochen haben. In eingehender Weise legte Redner die Gründe dar, warum ein solches Auskunfts-Bureau ins Leben gerufen werden soll. Die Arbeiten des Bureaus würden der verschiedensten Art sein: Reklamationen, Eingabe, Beschwerden anzufertigen, den Witwen und Waisen mit Hilfe und Rat beizustehen, Stellen zu vermitteln, die Waisen in gute katholische Häuser unterzubringen, die Klagen der Arbeiter über schlechte Behandlung seitens der Arbeitgeber entgegen zu nehmen, zu untersuchen und event. die nötigen Schritte zu thun um diesem Uebelstande einen Damm entgegenzusetzen u. u. Wie man sieht, würde die Thätigkeit eine sehr vielseitige und auch gewiß segensreiche sein. Zu der Art und

Wiese, wie das Bureau konstituiert werden soll, macht Nebner den Vorschlag, einen kleinen Verein zu bilden, dem die angesehensten Bürger der Stadt angehören müßten. Aus diesem Vereine solle alsdann ein Vorsteher, ein Bureaubeamter, der an bestimmten Stunden des Tages die Angelegenheiten in Empfang nehme, ferner ein Bote, der die Klagen und Beschwerden an Ort und Stelle untersuche, gewählt werden. In solcher Weise konstituiert, würde das Bureau seinen Zweck erfüllen und eine segensreiche wirkende Anstalt für unsere Arbeiterbevölkerung werden. Nebner schließt seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Versicherung, daß er alle seine Kräfte diesem Werke widmen würde.

Zu diesem Thema bringt „Recht auf Arbeit“ vom 17. August folgenden Artikel:

Denunziantentum und kein Ende. Reichstagsabgeordneter Bebel beabsichtigt in seinem Wohnort Plauen-Dresden ein Rats- und Kunst-Bureau zu errichten. Der Zweck der Einrichtung ist nach dem „Berliner Volksblatt“ der, den Arbeitern mit Rats- und Kunst-erteilung in allen sie als Arbeiter und Staatsbürger, nicht aber als Private, betreffenden Angelegenheiten an die Hand zu gehen. Ferner will man der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Material für die Arbeiterschutzgesetzgebung und überhaupt für ihre Thätigkeit im Reichstage beschaffen. Die Kosten werden von wohlhabenden Parteigenossen und durch freiwillige Beiträge gedeckt werden. Zunächst will man eine Sammlung von Strafbestimmungen deutscher Fabrik- und Arbeitsordnungen veranlassen, sodann soll eine Enquete über die Lage der Bäcker-Gehilfen und Lehrlinge und die Zustände in den Bäckereien vorgenommen werden. Die „National-Zeitung“ steht in diesem Plane die Ankündigung einer „neuen Form sozialdemokratischer Agitation“ und ultramontane Blätter beileben sich, dieses Denunziantischen nachzubringen. Als ob nicht die Gegner des Sozialismus ohnehin schon unermüdet genug für ihn agitieren, als daß es noch besonderer neuer Formen der Agitation bedürfte! Uebrigens hat ein ganz ähnliches Bureau vor Jahren in München unter Leitung Franz Koblender's bestanden, wenn auch speziell in erster Linie den Interessen und der Statistik der Fachvereine gewidmet. Auch damals fehlte es nicht an Denunziationen in allen Tonarten und selbst von Berliner Reptilien gegen dieses rein private Unternehmen, durch welches sich jener in so schwieriger Lage befindliche Mann zu ernähren versuchte. Der Erfolg war denn auch die Beschlagnahme eines von dem Bureau (nach der Erkrankung des H.'s) ausgegangenen Flugblatts und die faktische Schließung dieser gemeingefährlichen Einrichtung.

Zur Werbung für Bergarbeiter nach Westfalen. Im Niederschlesischen „Gebirgs-Kourier“ — Altwasser — werden für Zeche „Graf Moltke“ tüchtige Hauer und Schlepper gesucht.

Steiger H. Moschner im Hause des Herrn Tischlermeister Hieler in Ober-Altwasser und Steiger A. Conrad im Gasthof zum „Ferdinandshof“ in Ober-Waldenburg nehmen Anmeldungen entgegen.

Der Generalkonvent der belgischen Arbeiter-Partei fordert alle belgischen Kohlenarbeiter dringend auf, unter keinen Umständen sich von deutschen Kohlenwerken anwerben zu lassen; rheinische und westfälische Kohlenwerke, welche deutsche Arbeiter entlassen haben, suchen jetzt in Belgien geeignete Arbeitskräfte zu erlangen.

Katbor. Ueber einen gewaltigen Brand auf der Kohlenhalde der Emanuelsengrube wird dem „Oberchl. Anzeiger“ ein ausführlicher Bericht erstattet. Die 25 Meter hohe Kohlenhalde enthielt gegen 80 000 Ztr. Steinkohlen. Sie geriet vorigen Sonnabend in Brand und die aus Pleß und Tschau beorderten Spritzen konnten dem Feuer keinen Einhalt thun. Trotz der entwickelnden Gase und der ungeheueren Gluth retteten die Bergleute etwa 45—50 000 Ztr. Löscherfische mit einigen Ballons schwefeliger Säure erfüllten nur teilweise ihren Zweck; erst am Mittwoch gelang es, die

brennende Halde mit Sand zu bedecken. Der Brand wird noch wochenlang dauern. Der Schaden ist ein beträchtlicher, da außer der Vernichtung von 30—35000 Ztr. Kohle hohe Arbeitskosten entstanden sind, da nahezu 100 Bergleute in sechsständlichen Schichten zu den Rettungs- und Löscharbeiten verwendet wurden.

Der Dortmunder Handelskammer.

Drei Dinge haben hier im Leben Macht:
Der Reiz, die Hoffnung und die Niedertracht;
Doch wenn sie Dich auch noch so schön bespruden,
Am Ende wirst Du sie zu Boden bücken;

Verloren aber bist Du auf der Welt,
Wenn sich die Dummheit Dir entgegenstellt;
Sie setzt Spinoza hinter Hölbel Pintos
Und hat die Weisheit aller Zeiten intus.

Sie lacht wie eine Kretin Dir in's Gesicht
Und lästert Alles, nur sich selber nicht;
Und nichts bleibt übrig Dir vor diesem Viechchen,
Als facht Dich in Dich selber zu vertriehen.

Frei nach Heine.

Ueber den Stand der Knappschaftskassen im Zwickauer Kohlenrevier ist auf Grund amtlicher Unterlage folgendes mitzuteilen:

Es betrug die Zahl der aktiven Mitglieder am Schlusse des Jahres 1888 10 160, d. i. 276 mehr als am Schlusse des Vorjahres, und es bezifferte sich der Vermögensbestand (nach dem Kurswerte) am Jahreschlusse 1888 bei der Knappschaft

	aktive Mitgliederzahl	Vermögens-Bestand Mark
1) der von Arnim'schen Steinkohlenwerke	589	279 481,20.
2) des Bockwa-Oberhohndorfer Knappschafts-Verbandes	2 754	1 145 064,42.
3) des Erzgeb. Steinkohlen-Aktienvereins	1 498	677 125,42.
4) des Oberhohndorfer Forst-Steinkohlenbau-Vereins	285	194 989,90.
5) des Zwickauer Steinkohlenbau-Vereins	925	377 629,35.
6) der Zwickauer Bürgergenossenschaft	1 188	688 229,36.
7) des Zwickauer Brückenberg-Vereins	1 471	397 656,93.
8) des Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbau-Vereins	1 450	427 774,54.
Sa.	10 160	4 187 931,12.

Gegen das Vorjahr hat sich das Vermögen der sämtlichen 8 Kassen um rund 247 826 Mark vermehrt. Es wurden im Laufe des Jahres 1888 bei den vorgenannten 8 Kassen in Mark gewährt an Pensionen für

	Invaliden	Witwen	Waisen
zu 1)	36 864,15	15 202,52	2 311,60
" 2)	155 396,01	32 293,23	14 180,95
" 3)	60 987,98	26 139,75	8 336,49
" 4)	5 269,40	2 471,69	931,55
" 5)	54 048,48	18 960,93	4 096,44
" 6)	27 613,42	10 575,17	3 878,90
" 7)	25 742,27	11 162,25	8 848,02
" 8)	16 261,45	6 048,71	2 430,65

zusammen 550 052 Mark 1 Pf.

Außerdem wurden bei den vorgesehnten acht Knappschaftskassen noch an Sterbegeldern für Invaliden und deren Angehörige im Jahre 1888 zusammen 4 160 Mk., weiter an außerordentlichen Unterstützungen 4 392 Mk. gewährt. Die Gesamt-Einnahmen bei den acht Kassen setzten sich (in runder Summe) pro 1888 zusammen wie folgt:

291 243 Mark Mitgliederbeiträge (inkl. Urlaubsbeiträge),
286 727 „ Werksbeiträge,
433 072 „ sonstige Einnahmen.

Sa. 1 011 042 Mark.

× Fachzeitschrift. ×

Der Berg- & Hüttenmann.

Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinentechnik bietet als das gelesenste Fachblatt bei einem Abonnementspreise von nur

Mk. 2,50 pro Quartal (Streifbandabonnements Mk. 3,00) seiner Lesern eine Fülle interessanter und belehrender Stoffe und bildet für alle Bergwerks- und Hütteninteressenten eine anregende Lektüre.

Leserkreis in allen Welttheilen. Großverand abwechs. an ca. 30 000 Adressen. — Auf 2500 Exempl. Controlle gestattot. —

Anzeigen über Bergwerks- und Hüttenbedarfs-Artikel, Stellengesuche etc. finden in Folge der grossen Auflage die weitgehendste, zweckentsprechendste und billigste Verbreitung.

Insertionspreis pro Zeile 25 Pfg. Der Berg- und Hüttenmann bringt auch in einer Vacanzenliste alle im Berg- und Hüttenfach offenen Stellen. Aufnahme offener Stellen vollst. kostenfrei. Bestellungen nehmen alle Postämter entgegen. Postzeitungs-Catalog No. 2369 a. Probenummern gratis und franco.

Abonnenten-Stellenachweis resp. Vermittelung unt. besond. günst. Beding. Prospekte umsonst. Nachweis für Principale etc. kostenfrei.

Die Expedition:
Fr. Oskar Heinicke, Bergingenieur,
Finsterwalde, N.-L.

Prima Rautabak

per Pfund 21 Rollen M. 1,45
" " 24 " " 1,65

sowie
gut abgelagerte Cigarren
empfehlen

Fr. Carl Reunert,
Rheinische Str. 39.

Fr. Zoehrer

79 Sunderweg 79

empfehlen sein reichhaltiges
Schuhwarenlager.

Güte

Kevelaer Grubenschuhe

stets vorrätig.

Reparatur schnell und billig.

Zum **Einscharben** von

Rappus

empfehlen sich **Fritz Huek, Bratel.**

Bestellungen für Dortmund
nimmt entgegen **Fried. Bunte.**

NB. Da obenstehender gemäßigter Bergmann ist, bitten wir, denselben erst recht zu unterstützen.

Die Expedition.

Jac. Wellmann

20 Rheinische Str. **Dortmund** Rheinische Str. 20

empfehlen sein reichhaltiges Lager in

Uhren, Goldwaren, u. optisch. Gegenständen

zu den billigsten Preisen unter Garantie.

Empfehlen besonders eine schöne Auswahl in

kräftigen Uhren für Grubenarbeiter

in Silber und Nickel.

Reparaturen an Uhren, Goldwaren, Brillen etc. gut und billig.

Prima Rautabak,

per Pfund 21 Rollen M. 1,45
24 " " 1,65

empfehlen und versendet

J. Wolff,

Ostenhellweg u. Markt-Gasse.

M. Jordan

Westenhellweg 95.

— **Damen-Hüte** —
Knaben-Hüte
Knaben-Mützen.

Tabak-Fabrik

von **Schilling, Westenhellweg**

empfehlen
Cigarren in allen Preislagen

ebenso
Kau- und Rauchtak

abgelagert, preiswert u. billig.

En gros und en détail.